



Pressemitteilung HateAid gGmbH

Grenzenloser Hass.

**Neue europaweite Befragung zu digitaler Gewalt zeigt:
Online-Plattformen scheitern im Schutz vor Hass und Hetze im Netz**

Eine neue repräsentative Umfrage im Auftrag von [HateAid](#) im Rahmen des [Landecker Digital Justice Movement](#) zeigt: Digitale Gewalt hat in ganz Europa ein massives Ausmaß angenommen. Bereits ein Drittel der Europäer*innen sind persönlich von Hass im Internet betroffen gewesen – unter den jungen Erwachsenen sogar jede zweite Person. Gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis fordert HateAid die EU jetzt mit dem Digital Services Act (DSA) zum Einschreiten auf.

Berlin, 4. November 2021

Hatespeech, Dickpics und Vergewaltigungsdrohungen: Digitale Gewalt gehört mittlerweile überall in der EU zum Alltag für Internetnutzer*innen. Das zeigt die repräsentative europäische Umfrage: Jede*r zweite junge Erwachsene in Europa hat selbst Hass und Hetze im Netz erlebt. Viele fühlen sich schutzlos und von den Plattformen alleine gelassen: 4 von 5 Europäer*innen prangern an, dass Facebook, Twitter und Co. nicht genug zum Schutz vor digitaler Gewalt tun. HateAid fordert deswegen jetzt mit einem Bündnis von 17 europäischen Organisationen die EU mit einer internationalen Petition zum sofortigen Handeln zum Schutz vor digitaler Gewalt auf.

Alarmierend: Junge Erwachsene EU-weit besonders betroffen

Eine besonders dramatische Lage zeigt sich gerade für junge Erwachsene in der EU: 91 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 35 Jahren haben bereits mehrfach Hass und Hetze im Internet gesehen. Jede*r zweite junge Erwachsene war sogar schon selbst von digitaler Gewalt betroffen. Über alle Altersgruppen hinweg haben mehr als zwei Drittel aller Befragten bereits selbst digitale Gewalt erfahren.

Besonders Frauen werden aus dem Internet verdrängt

Digitale Gewalt kann jede*n treffen. Der Hass im Netz verdrängt aber insbesondere Frauen aus den sozialen Medien. 52 Prozent der befragten Frauen gaben an, aus Angst vor Hass ihre Meinung im Internet seltener zu äußern. Unter den männlichen Befragten gaben 35 Prozent an, sich angesichts der Gewalt im Internet deutlich vorsichtiger und anonym zu verhalten.

Europäer*innen stellen Facebook, Twitter und Co. ein Armutszeugnis aus

In der Umfrage äußern 85 Prozent der Befragten, dass die Online-Plattformen wie Facebook, Google und Twitter nicht genug für den Schutz vor digitaler Gewalt täten. Über 90 Prozent der Befragten sind dafür, dass gemeldete illegale Inhalte effizienter entfernt werden sollten. 80 Prozent der Befragten wünschen sich Mitsprache darüber, nach welchen Kriterien ihnen Beiträge angezeigt werden. Vier von

fünf Befragten sehen den Gesetzgeber in der Pflicht: sie fordern gesetzlich verankerte, klare Regeln für den Schutz vor digitaler Gewalt.

Dazu **Inês Marinho, Gründerin der portugiesischen Initiative Não Partilhes:**

„Vor einigen Jahren schloss ich mich einer Gruppe von Frauen an, deren Nacktbilder geklaut und veröffentlicht wurden. Es waren zu viele von uns, viel zu viele, die diese schreckliche Erfahrung gemacht haben. Da wurde mir klar, dass jetzt endlich etwas passieren muss. Unsere Gesellschaft muss jetzt aktiv werden, damit Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt werden. Die Verantwortung für die Bewältigung dieser Verbrechen liegt bei uns allen, nicht bei den Betroffenen.“

Dazu **Anna-Lena von Hodenberg, Geschäftsführerin von HateAid:**

„Die Ergebnisse zeigen: Digitaler Hass ist kein Einzelfall, sondern die Regel in ganz Europa. Spätestens seit den Enthüllungen der Facebook Files wissen wir, dass die Plattformen nicht bereit sind, etwas dagegen zu tun. Die Bürger*innen in ganz Europa stellen jetzt klare Forderungen an die EU-Politiker*innen: Sie müssen endlich handeln und im Digital Services Act klare Regeln für Plattformen und Grundrechte für Nutzer*innen festschreiben. Nur so können wir den Schutz der Menschen im Internet sicherstellen und Räume schaffen, in denen wir uns ohne Angst vor Gewalt bewegen können.“

Tausende Europäer*innen haben sich diesen Forderungen bereits im Rahmen der [Petition](#) des Bündnisses angeschlossen, dem u.a. Anna Nackt, Plan International Deutschland, bff - Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, neue deutsche medienmacher*innen sowie die europäischen Organisationen INACH, #Não Partilhes (Portugal), digitalt ansvar (Dänemark), Stop Fisha (Frankreich), PantallasAmigas (Spanien), Zara (Österreich), BelongTo (Irland) angehört.

Dazu **Benjamin Fischer, Program Manager der Alfred Landecker Stiftung:**

"Die Zahlen zeigen einmal mehr: Das Demokratie-Update für die großen Plattformen ist überfällig. Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien schützen unsere Freiheit und müssen in digitalen Räumen ebenso gelten wie im Analogen. Solange die Geschäftsmodelle von Plattformen Extremismus, Diskriminierung und Hatespeech Vorschub leisten, sind wirkungsvolle regulatorische Maßnahmen zum Schutze der User*innen nötig. Der DSA bietet auf EU-Ebene hierfür eine zentrale Chance. Damit er nicht zum Flickenteppich wird, braucht es eine staatenübergreifende, unabhängige Aufsichtsinstanz, die auf Augenhöhe mit globalen Tech-Konzernen agieren und somit das aktuelle Machtgefälle zwischen Plattformen und User*innen ausgleichen kann. Als Stiftung und Förderpartnerin sehen wir uns in der Rolle eines Inkubators, der eine Organisation wie HateAid dazu befähigt, einen nachhaltigen Beitrag im Kampf für sichere und demokratische Räume im Digitalen zu leisten.“

Weitere Informationen:

Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage finden Sie hier: hateaid.org/eu-umfrage

Die Petition sowie weitere Informationen zum Digital Services Act finden Sie unter hateaid.org/petition und hateaid.org/dsa

HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid gGmbH wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. HateAid bietet Unterstützung für Betroffene von digitaler Gewalt an:

Prozesskostenfinanzierung, emotional stabilisierende Erst-, Sicherheits-, und Kommunikationsberatung. Gründungsgeschäftsführerin ist Anna-Lena von Hodenberg. Der Einsatz für Betroffene von digitaler Gewalt auf europäischer Ebene ist Teil des Landecker Digital Justice Movements der Alfred Landecker Foundation.

Alfred Landecker Foundation

Die Alfred Landecker Foundation fördert und beschleunigt die Entwicklung einer offenen, demokratischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft – innovativ, mutig und disruptiv. Die Stiftung ist ein Inkubator für Demokratie im digitalen Zeitalter. Sie nutzt den technologischen Fortschritt und umfassende Expertise im Sinne einer offenen Gesellschaft und zeitgemäßen Erinnerungskultur sowie für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus. Die Stiftung schafft Netzwerke, Räume und Wissen, indem sie interdisziplinäre Projekte unterstützt, fördert, vernetzt und professionalisiert. Durch den Aufbau eines Netzwerks global aktiver Partner:innen macht sie Wissen und Erfahrungen breit verfügbar und bringt unterschiedlichste Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis an einen Tisch. Weitere Informationen über laufende Projekte finden Sie [hier](#).

Die Umfrage wurde im Oktober 2021 im Auftrag von HateAid im Rahmen des Landecker Digital Justice Movement durchgeführt und von der Alfred Landecker Stiftung finanziert.



Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org, Tel. 030 / 252 088 37